

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stadtrat, Throna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezüger keinen Anspruch auf Vortierung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Umhüllter Text 1.20, Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größtenteils noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Müntz & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 31

Sonntag, den 13. März 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Unterstützungsgesuche für die Jugendpflege sind bis spätestens den 15. Juni d. J. nach vorgezeichnetem Vordruck hier einzureichen.
Grimma, 10. März 1921. 170 S.

Die Bezirkschulämter Grimma und Wurzen.

Brotsebstverfänger haben Mahlfahrten für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer für die Zeit vom 16. April bis 15. Juni 1921 sofort und spätestens bis Montag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr im Meldeamt des Rathhauses hier, Zimmer 11, zu beantragen.
Naunhof, am 11. März 1921. Der Bürgermeister.

Fortbildungs- u. Volksschule zu Naunhof.

Montag, den 14. März, nachm. 1/4 Uhr
Entlassung der Fortbildungsschüler.

Mittwoch, den 16. März, früh 10 Uhr
Entlassung der Volksschüler (Turnhalle)

Freitag, den 18. März, mittags
Schluß des Winterhalbjahrs.

Montag, den 4. April Wiederbeginn des Unterrichts.
Die Entlassungen sind öffentlich.

Abmeldungen von Rel.-Unterr. können wegen Aufstellung des neuen Stundenplanes nur noch bis 28. d. M. entgegengenommen werden.

Die Erklärung der Erziehungsberechtigten über Teilnahme am Rel.-Unterr. der Eltern 1921 neu Aufzunehmenden, gem. Verordnung Nr. 9 vom 8. 1. 21., werden am Aufnahme- tage, den 4. April entgegengenommen.

Naunhof, den 12. März 1921. Die Lehrerschaft.

Das Wesen des Geldes.

„Das Geld ist ein Recht und soll kein Unrecht werden.“

Ein längst verschollenen Gekläubter hat einst vor dem Kriege mit seinen Briefen eines Bankdirektors an seinen Sohn in allen Finanzkreisen lebhaftes Aufsehen erregt, als er mit der ganzen Kühnheit des erfahrenen Bankfachmannes, gleich wie der Chirurg mit seinem Messer und mit sicherer Hand, so manchen Krankheitsherd im vielgestaltigen Geld- und Börsenverkehr bloßlegte. Nun hat er wieder im Berliner Bankverlag ein Büchlein „Vom Gelde“ erscheinen lassen, um im Plauderton scheinbar, in Wirklichkeit aber geführt auf ein tiefgründiges Wissen Einblicke zu gewähren in volkswirtschaftliche Vorgänge: wie Geld entsteht, wie es wandert, wie es unsterblich ist. Zunächst räumt er mit einem schwerwiegenden Irrtum auf, durch den auch wir leider zu unserer heutigen Geldbewertung gekommen sind, trotzdem die Lehren der Geldgeschichte warnend aus allen und neuen Zeiten den Leitern der staatlichen Notenbanken vor Augen gestanden haben müßten: nämlich, daß der Staat das Geld mache. Wenn die Regierungen sich zu dem schon so oft ins Verderben geführten Schritt der staatlichen Geldmache entschlossen haben, so waren es allerdings die höheren politischen Zwangsumstände. . . . Der Staat braucht eben Geld!

Nicht allein in Deutschland, sondern in allen kriegsführenden, ja auch in neutralen Ländern hat eine ungeheure Geldvermehrung stattgefunden. Und, wie der alte Bankdirektor seinem Sohne darlegt, mit zwingenden Beweisschlüssen darlegt, hat diese Geldvermehrung den Vätern die mehr oder weniger große Teuerung gebracht.

Das Geld ist, so legt er dar, aus dem Kaufverkehre geboren als Unterpfand für den gewährten Kredit. Selbst in der einfachsten Wirtschaftsform besteht nämlich ein Austausch, und da man doch nicht immer restlos tauschen kann, bedarf es für die verbleibende Forderung eines Pfandes, eines Pfandes, das man möglichst jederzeit und jedermann weitergeben kann. Weil es danach von jedermann genommen wird, wird es zum Normalpfand, das man Geld nennt. Je nachdem man dieses Geld als ein vollwertiges Sachpfand (Metallgeld) oder als eine Antwerpung der Obrigkeit (Papiergeld) im Verkehr umlaufen läßt, spricht man von vollwertigem Gelde oder vom Scheingelde. Natürlich kann auch das vollwertige Geld, das gewöhnlich aus Metall besteht, infolge des Sinkens der Preise für dieses Metall an innerem Wert verlieren. Noch viel schlimmer, weil die Entwertung viel leichter eintreten kann, entwickeln sich aber die Dinge bei dem Scheingelde, dessen papierner Wert infolge übermäßiger Vermehrung eines Tages möglicherweise nur darin besteht, daß man bestenfalls seine Räume damit tapeziert — wie mit den französischen Assignaten der Revolutionszeit.

Auf die Frage, ob es denn zu „wenig Geld“ geben kann, möchten wir den alten Bankdirektor antworten lassen. Er sagt zunächst: „Geld ist die Verkörperung eines Güteranspruchs, der dadurch entstanden ist, daß jemand etwas geleistet, die Gegenleistung aber noch nicht erhalten hat.“ So hat der Arbeiter bis zum Jahrtage für seinen Arbeitgeber gewöhnlich auf Kredit gearbeitet.

Zuweilen ist es auch umgekehrt, daß der Arbeiter das Geld vorher empfangen hat; dann hat ihm eben der Arbeitgeber Kredit gewährt. So lange, bis zum Empfang

des Geldes, ist die Sache persönlich zwischen den beiden. Sobald aber der Arbeiter das Geld erhalten hat, fällt der Anspruch gegen den Arbeitgeber weg und der Arbeiter besitzt nun eine Forderung an die Allgemeinheit. Im allgemeinen Sprachgebrauch nennt man das erste Verhältnis zwischen den beiden Parteien ein Kreditverhältnis, im zweiten Falle spricht man aber von der Kaufkraft. Streng genommen besteht natürlich das Kreditverhältnis fort. Mit jeder Leistung entsteht also eine Forderung auf Geld, das Recht auf eine Gegenleistung seitens der Allgemeinheit, also beim Empfang des Geldes. Und hier zitieren wir den Bankdirektor wörtlich: „Jedes Geldzeichen, das im Lande existiert, bedeutet, daß irgend jemand einen Gegenwert, auf den er einen Anspruch besitzt, noch nicht in Empfang genommen hat. Daher kann es eigentlich nie „zu viel“ nie „zu wenig“ Geld geben. Es läuft immer genau so viel Geld in einem Lande um, wie Tauschhandlungen zwar vorgenommen, aber noch nicht vollständig erledigt, sondern sozusagen in der Schwebelage geblieben sind. Da somit die Geldmenge im Lande genau so groß sein muß, wie die Summe aller noch nicht in Anspruch genommenen Gegenleistungen, so vermag ich beim besten Willen nicht einzusehen, wie man von Staats wegen die Geldmengen vergrößern oder verkleinern kann. Jedes willkürlich neu geschaffene Geldzeichen bedeutet ja einen Rechtsittel zum Bezuge einer Gegenleistung, obwohl niemals eine Leistung statgefunden hat, die sie rechtfertigt.“

Eingefügt sei hier, daß, wenn man von Geldmangel spricht, vielfach Kapitalmangel meint. Kapital und Geld ist aber zweierlei: Kapital ist aufgewartetes Geld, das schließlich angelegt, richtiger gesagt „angelegt“ wird.

Aus dieser Entstehung des Geldes heraus erklärt sich mit aller Deutlichkeit, daß der Staat mit der Schaffung des Geldes gar nichts zu tun hat, wenn ihm auch die Aufgabe obliegt, die Möglichkeit des unlaufenden Geldes zu beschränken, dafür zu garantieren. Geht er jedoch über diese — man kann sie „notarielle“ nennen — Aufgabe hinaus, indem er selbst zur Schaffung des Geldes schreitet, dann wird er ein — Geldfälscher. Der Staat hat lediglich die äußere Form des Geldes vorzuschreiben (Metall-, Papier- oder Buchgeld), nicht aber darf er Güteransprüche schaffen, indem er seine Wechsel der Notenbank gibt — übrigens nur eine Formfälschung — und dafür Banknoten in den Verkehr bringt. Das aber ist leider seit Beginn des Krieges überall geschehen, und nun sehen wir mit Schrecken die Folgen dieser Geldfälschung. Das vom Staate geschaffene Geld ist nicht aus der Güterzeugung entstanden. Es wurde zusätzliches Geld damit geschaffen, welches daher nur eine Verteuerung aller Waren und Leistungen herbeiführen mußte.

Das Währungssektel ist die furchtbarste Geißel, die ein Volk treffen kann. Zusammen aber mit einem verlorenen Kriege und mit den gewaltigen Forderungen der Feinde an Geldleistungen ist heute gar nicht abzusehen, wozu diese Geißel Deutschland führen kann. O. S.

Die Besetzung der Rheinufer.

Beginn der Zollbeschlagnahme.

Die aus Koblenz gemeldet wird, haben die Alliierten bereits mit der Erhebung der Zölle für sich begonnen. Die Zölle werden nach den gegenwärtigen deutschen Sätzen erhoben. Die Zollgrenze soll nach Bestimmung des Obersten Rates in Paris die drei Brückenköpfe und die drei erst jetzt besetzten Städte (Trier, Koblenz und Andernach) in sich einschließen, und so auf das rechte Rheinufer übergreifen. Die Festsetzung der Zollfrage für den Übergang von dem einen Rheinufer auf das andere wird der Beurteilung durch die hohe Kommission überlassen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Nach den bei der Interalliierten Rheinlandkommission getroffenen Feststellungen sperrte diese lediglich die Zoll-einnahmen an der Westgrenze durch Verordnung. Es ist aber nicht etwa beabsichtigt, die Bankdepots zu beschlagnahmen. Das in der Bevölkerung umgehende Gerücht entbehrt jeder Begründung. Ebenso besteht zurzeit bei der Rheinlandkommission nicht die Absicht, die Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet aufzuheben.

Lloyd George, der Rätselhafte.

Man hat so viele Wandlungen, so viele Gefinnungswechsel bei dem englischen Premierminister erlebt, daß wir in Deutschland allen Anlaß haben, das äußerste Mißtrauen gegen Nachrichten über angebliche wirkliche Absichten dieses, sagen wir einmal „rätselhaften“ Mannes nicht zu unterdrücken. Das trifft auch für die neuesten Meldungen aus Paris über den Leiter der politischen Gesandtschaft Englands zu.

Ein Bericht des Londoner Berichtersatters des „Matin“ sagt: Lloyd George und mit ihm ein großer Teil der öffentlichen Meinung Englands ist in der unangenehmsten Weise berührt von den Artikeln, die in französischen Blättern erschienen sind und die die zukünftige Anexion des linken Rheinufers als eines der Ziele der französischen Politik bezeichnen. Der englische Ministerpräsident, unterstützt von dem Grafen Sforza, hatte deshalb über diesen Gegenstand eine Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten Briand. Die Antwort des Ministerpräsidenten habe klar gelautet, die französische Politik zielt nur auf die Ausführung der Verträge und nicht auf eine Anexion hin, jedoch habe Ministerpräsident Briand erklärt, er hoffe, daß man nicht nur Deutschland zwingen

wolle, das Abkommen von Paris zu unterzeichnen, sondern, daß die Maßnahmen solange in Kraft bleiben würden, bis nach einem befriedigenden Abkommen nicht nur die Ausführung der Reparationen, sondern auch der Entwaffnung und der Bekämpfung der Kriegsschuldigen sichergestellt sei.

Wer aus dieser Weibung ein Tröpschen Honig saugen kann, aus der Bitternis, an der das deutsche Volk zu schlucken hat, mag es tun. Aber wie gefagt, mit Vorsicht; wir sind allzu sehr gewarnt vor den Bahnen, die Lloyd Georges Geist wandelt.

Ausdehnung der Besatzungszone.

Der Kohlenhafen der August-Thyssen-Hütte Swelgern ist besetzt. Es sind 200 Mann Kavalleriekompanie und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingerückt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand wurde erklärt. Die Schutzpolizei wurde nicht entwaflnet. Man erwartet den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß man die Absicht habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen sieben Kompanien Franzosen und fünf Kompanien Belgier, sowie eine Fliegerstaffel.

In London wurde mitgeteilt, daß auf den Sitzungen der Leiter der alliierten Delegationen die Einzelheiten über die Durchführung der Sanktionen in Deutschland geregelt wurden. Man kam überein, daß die Sanktionen nur dann rückgängig gemacht werden sollen, wenn eine befriedigende Lösung in der Frage der Schadenersatzleistungen und der Bekämpfung der Kriegsschuldigen gegeben werde.

Nochmals deutsche Vorschläge?

In Londoner politischen Kreisen erwartet man, daß die Kabinettsberatungen in Berlin von großer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Dinge sein werden. Man rechnet darauf, daß Deutschland den Versuch machen werde, die Verhandlungen mit den Alliierten sobald wie möglich wieder aufzunehmen. Namentlich die Tatsache, daß die deutschen Vorkämpfer in London und Paris sofort nach Berlin berufen worden sind, wird in politischen Kreisen Londons als günstiges Zeichen dafür betrachtet, daß Deutschland schnellstens den Versuch machen wird, den Faden wieder anzuknüpfen. Es herrscht die feste Überzeugung, daß Senator Stamer und Dr. Mayer deswegen nach Berlin berufen worden seien, um als Überbringer der neuen Vorschläge zu fungieren.

Deutsche Gegenmaßnahmen.

Die Handelskammer zu Altona hat, dem Beschluß der Hamburger Im- und Exportfirmen folgend, einstimmig beschlossen, allen Bevölgerungskreisen des Bezirks auf das dringendste zu empfehlen, vom Bezug und Kauf englischer, französischer und belgischer Waren vollständig Abstand zu nehmen, solange die Regierungen dieser Länder das deutsche Wirtschaftsleben in unerhörter Weise durch Gewalttaten zu vernichten bestrebt sind.

Widerprüfungen aus England und Frankreich.

Die Union of democratic control in London bezeichnet in einer Erklärung die Anwendung von Strafmaßnahmen gegen Deutschland als einen verhängnisvollen Schlag gegen die Wiederherstellung Europas. Sie fordert 1., daß die Politik Englands nicht von der französischen Regierung diktiert werde, 2., daß die gesamte Reparationsfrage entweder einem Sachverständigenausschuß der Reparationskommission oder einem Ausschuß, der vom Völkerbund ernannt werden solle, oder andernfalls Amerika zur schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden soll, 3., daß keine Politik verfolgt werden dürfe, die verantwortliche und stetige Regierungen in Deutschland und Mitteleuropa unmöglich mache. Die Erklärung ist u. a. unterzeichnet von Trevelyan, Ramsay MacDonald, Bonsonby und Mrs. Snowden.

Die Unruhe der sozialistischen Blätter, daß die neue militärische Besetzung in Deutschland zu Zwischenfällen führen könnte, aus denen sich ein neuer Krieg entwickeln könnte, wächst mehr und mehr. Sollte Deutschland nicht nachgeben, so urteilt „Le Peuple“, dann sollen noch eingreifendere militärische Maßnahmen angewandt werden. Das wird das französische Volk niemals dulden, und deshalb ist man in einen Engpaß geraten. Im günstigsten Fall werden die Kosten noch viel größer sein, während die Zolleinnahmen fast nichts einbringen werden.

Dank der Regierung an Dr. Simons.

Unter dem Vorstuh des Reichspräsidenten fand in Berlin eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichtes und der eingehenden Ausführungen, die sich in ausführlicher Aussprache ergaben, sah das Kabinet einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einstimmig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt. Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

„Wir haben getan, was wir konnten.“

Die gesamte deutsche Delegation traf Mittwoch abend aus London auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin ein. Zum Empfang waren u. a. der Reichskanzler Fehrenbach, der Graf von Lucius, die Staatssekretäre Albert und von Daniel, ferner zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei erschienen. Neben den Berliner Pressevertretern waren fast alle hier tätigen ausländischen Journalisten an-

Zeitung
enz-
ode.
ogen.'



0000 Modelle
arbeiten bringt.

alzmänn

zig-R.
antintstraße 10.